



## Haushaltsrede 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

in diesem Jahr steht uns also ein Minus von 30 Millionen Euro ins Haus. Ein Umstand, den wir mit vielen anderen Gemeinden, insbesondere in NRW, teilen. DIE LINKE sieht ohne ein Entschuldungskonzept für notleidende Kommunen, also auch für Castrop-Rauxel, keine Möglichkeit, den notwendigen Aufgaben in unserer Stadt gerecht zu werden.

Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt müssen unter der verfehlten Politik der letzten 20 Jahre durch Bund und Land leiden. Auch unsere Mitmenschen brauchen ein Sozialticket wie in Dortmund, wir brauchen den Ausbau des öffentlichen Beschäftigungssektors, um gegen die hohe Arbeitslosigkeit wirken zu können und die notwendigen Leistungen für die Infrastruktur erbringen zu können. Wenn es nicht anders geht, dann auch mit Hilfe des § 16 e SGB II und mit dem Einsatz des Bundesprogrammes Kommunal-Kombi. Viele der politischen Fehlentscheidungen der letzten Jahre müssen gerade in Nothaushaltsgemeinden von den Bürgerinnen und Bürgern ausgebadet werden.

Weil in NRW eine gesetzliche Grundlage fehlt, dieser Umstand trifft übrigens nur auf NRW zu, müssen in Castrop-Rauxel die Eigenanteile für Schulbücher von Hartz IV-Kindern aus einem Bildungsfond finanziert werden, weil die Stadt keine zusätzlichen freiwilligen Aufgaben übernehmen darf. Deswegen kann in Castrop-Rauxel auch vorläufig kein Sozialticket für Menschen mit geringem Einkommen eingeführt werden, obwohl die Landesregierung sich erst kürzlich auf die Position „Ein Sozialticket ist Sache der Kommunen“, zurückgezogen hat. Wie übrigens bei den eben erwähnten Schulbuchkosten auch.

Wie könnte so ein Entschuldungskonzept für notleidende Kommunen aussehen? Als ersten Schritt favorisiert DIE LINKE den Wegfall der erst unlängst erhöhten Gewerbesteuerumlage, für notleidende Kommunen.

Wir brauchen außerdem einen Entschuldungsfonds des Landes für strukturschwache Kommunen, um den Abbau von Altschulden und Kassenkrediten zu realisieren. DIE LINKE fordert die Wiedereinführung der kommunalen Investitionspauschale in Höhe von zunächst 3 Milliarden Euro für alle finanzschwachen Kommunen. Wir halten eine Neuverhandlung des Solidarpaktes II, in den alle bedürftigen Kommunen einzubeziehen sind, für dringend erforderlich.

DIE LINKE fordert eine Neuaufteilung des Steueraufkommens auf die verschiedenen staatlichen Ebenen. Außerdem halten wir die Einführung von Vetorechten der kommunalen Ebene – um etwa die fortgesetzte Missachtung der Konnexität durch Land und Bund, abzuwehren – für absolut notwendig.

Bezüglich des Konjunkturprogrammes II fordern wir die Entkoppelung von finanziellen Eigenbeträgen für arme Kommunen. Auch hier haben andere Bundesländer bessere Regelungen für notleidende

Kommunen geschaffen als das Land NRW. Bayern fordert von finanzschwachen Kommunen einen Eigenanteil von 10%. In Mecklenburg-Vorpommern und im Saarland beträgt der Eigenanteil nur 5%.

Hier, wie auch bei der Lernmittelfreiheit, dem Sozialticket und dem Ausbau öffentlicher Beschäftigung, geht NRW einen rücksichtslosen Weg, der nicht von Solidarität geprägt ist. Die Kürzungspolitik der letzten 20 Jahre, der Abbau öffentlicher Beschäftigung, die Privatisierung öffentlichen Eigentums, alles wurde dem Markt untergeordnet und hat uns letztlich in eine Krise – eine Weltwirtschaftskrise – ungeahnten Ausmaßes geführt. Das ärmliche Niveau von Hartz IV zeigt, welches elendes Niveau die Löhne von Millionen Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeitern haben.

Nun wird als Folge der durch unverantwortliches Zocken entstandenen Finanzkrise der „Jackpot“ verteilt. Bundespolitiker haben die Spendierhosen an. Bei aller Euphorie über die Möglichkeit, 8 Millionen Euro für Investitionen in Castrop-Rauxel zusätzlich zu erhalten – den 12,5% Eigenanteil muss Castrop-Rauxel aufbringen! Der warme Geldsegen aus Berlin darf nicht darüber hinwegtäuschen: er löst die chronische Unterfinanzierung der Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Aufgaben in keiner Weise.

Hier muss endlich wieder gelten – „Wer die Musik bestellt muss sie auch bezahlen“. In den vergangenen 10 Jahren hat sich die Anzahl der Vermögensmillionäre in Deutschland verdoppelt. Gleichzeitig aber, wie beschämend und skandalös für eines der reichsten Industrieländer, hat sich die Zahl der in Armut lebenden Kinder ebenfalls verdoppelt. Jedes 4. Kind in Deutschland ist arm!

Der soziale Wohnungsbau, gerade hier in Castrop-Rauxel: gibt es ihn noch oder ist er schon dem Privatisierungswahn zum Opfer gefallen?

Dringend notwendige Investitionen in den ÖPNV, wo sind die? Die Fahrtkosten des ÖPNV haben sich in den letzten 8 Jahren im Durchschnitt um mehr als 35% erhöht.

Deutschland hat mittlerweile den größten Niedriglohnsektor aller Industriestaaten. Menschen mit geringem Einkommen werden angesichts ständig steigender Preise für den ÖPNV, die Bahn und für Benzin immer stärker in ihrer Mobilität eingeschränkt. Mobilität ist aber nicht allein eine Voraussetzung, die geforderte Flexibilität im Berufsleben aufzubringen, Mobilität ist die Grundlage für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Gerade in der Krise müssen die Interessen von Lohnabhängigen, Rentnern und Transferleistungsempfängern geschützt werden. Arbeit darf erst dann zumutbar sein, wenn sie ein existenzsicherndes Einkommen schafft.

Es gibt viel zu tun, und in unserer Stadt entbrennen Kämpfe um zu teure Bürgermeister oder nicht zu finanzierende Projekte, sowie zahlreiche Vorschläge über angeblich noch vorhandenes Kürzungspotential im Haushalt.

Die Zeit des Kürzens muss vorbei sein, die Einsparungen haben uns nichts gebracht, wir stecken in der seit Jahrzehnten schlimmsten Wirtschaftskrise!

Unser Land ist vor lauter Agenda, Privatisierung, Deregulierung, Kostenkürzen und Ausfuhrwahn jetzt so einseitig abhängig, dass die deutsche Wirtschaft sogar schärfer von der globalen Krise getroffen wird.

Der Wille, keinen zurückzulassen und Solidarität an die Stelle des Rechtes des Stärkeren zu setzen, muss in den Kern unserer Gesellschaft rücken! Sie führen eine Schuldenbremse ein, haben aber gleichzeitig die höchsten Schulden in der Geschichte unseres Landes zu verantworten! Weder für das eine noch für das andere haben sie ein Konzept! „Ist es denn Wahnsinn, so hat es doch Methode!“ Die Unternehmenssteuerreform 2008 belastet die Kommunen zusätzlich – NRW hatte 2008 rund 800 Millionen Mindereinnahmen zu verkraften. Zwischen 2008 und 2011 werden 2 Milliarden Mindereinnahmen zu verkraften sein.

Frau Kämmerin, wir möchten Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Ihre Arbeit danken, Sie haben sicher Ihr Bestes gegeben, trotzdem können wir diesem Haushalt nicht zustimmen!

Mit uns sind keine Kürzungen mehr drin, das Maß ist voll!

Die einzige Kürzung der wir, DIE LINKE, zustimmen, ist die Arbeitszeitverkürzung!

Eine Wirtschaftsordnung, in der wachsende Produktivität zu wachsendem Reichtum auf der einen und wachsender Armut auf der anderen Seite führt, in der in Krisen immer wieder Werte vernichtet werden, die Millionen von Arbeitsstunden repräsentieren. Eine Wirtschaftsordnung die die Arbeitszeit dennoch nicht verkürzen will, wird die Jahrzehnte nicht überdauern.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Angelika Aimene-Wiegold  
DIE LINKE